



# ROTE POST

Nr.45

Oktober 2021

## INTERNATIONAL

6 PLÖTZLICH INFLATION?

## BRD

8 ES WIRD KEINE IMPF-  
PFLICHT GEBEN?

## FRAUEN

10 GEWALT GEGEN FRAUEN IN  
DER LONDONER POLIZEI

## BERLIN

12 STREIKEN FÜR KLEINERE  
KLASSEN

## HAMBURG

14 ERNEUT POLIZEIMORD AN  
GEFLÜCHTETEN IN STADE

## BREMEN

16 WEM GEHÖREN  
DIE WÄNDE?

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18 LEONS IDENTITÄT: JUGEND-  
LICHE ZU SPITZELN

## BADEN-WÜRTTEMBERG

20 WOHNEN OHNE WASSER  
DANK VONOVIA

## KULTUR

22 MITLEID STATT  
MITKÄMPFEN?



## INHALT

4 **BILD DES MONATS**

6 **INTERNATIONAL**

8 **BRD**

10 **FRAUEN**

12 **BERLIN**

14 **HAMBURG**

16 **BREMEN**

18 **NORDRHEIN-WESTFALEN**

20 **BADEN-WÜRTTEMBERG**

22 **KULTUR**

**VOLKSVERSAMMLUNG IN TIAGO CAMPIN  
DOS SANTOS UND ADEMAR FERREIRA**

**PLÖTZLICH INFLATION?**

**NIEMAND HAT DIE ABSICHT, EINE  
IMPFPFLICHT EINZUFÜHREN**

**GEWALT GEGEN FRAUEN IN DER LONDONER  
POLIZEI – ALLES EINZELFÄLLE?**

**STREIKEN FÜR KLEINERE KLASSEN**

**POLIZEI IM LANDKREIS STADE ERMORDET  
ERNEUT GEFLÜCHTETEN**

**WEM GEHÖREN DIE WÄNDE?**

**LEONS IDENTITÄT: INNENMINISTERIUM  
ERZIEHT JUGENDLICHE ZU SPITZELN**

**WOHNEN OHNE WASSER DANK VONOVIA**

**MITLEID STATT MITKÄMPFEN,  
PARODIE STATT KRITIK?**

## KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## V. I. S. D. P.

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

in zahlreichen Ländern Afrikas, Asiens, Amerikas und auch in Europa gibt es heute – jetzt, in diesem Moment – militärische Auseinandersetzungen, bewaffneten Kampf. Die Rüstungsausgaben steigen weltweit von Jahr zu Jahr kontinuierlich und liegen insgesamt mittlerweile bei umgerechnet ungefähr zwei Billionen US-Dollar. Zwischen 2009 und 2019 haben die USA alleine 342 Luftangriffe im Jemen durchgeführt. China hat Vermutungen seiner imperialistischen Konkurrenten zufolge erst vor kurzem eine für Atomwaffen entwickelte Hyperschallrakete getestet. Und auch in jedem weiteren Land auf der Welt zeichnet sich, ob langsamer oder schneller, die Perspektive ab, dass der Klassenkampf auch von der Bourgeoisie nicht mehr mit friedlichen Mitteln weitergeführt werden kann. Bedeutet: Krieg. Sowohl zwischen zwei bzw. mehreren Ländern, als auch innerhalb eines Landes – und letzteres wird überall passieren. Die Zeiten des Friedens sind vorbei.

In Lateinamerika, dem Hochofen der Widersprüche auf der Welt, haben die reaktionären Regierungen – Lakaien der Imperialisten – einiger Länder in den letzte Wochen strategische Angriffe auf das Volk gestartet. Im brasilianischen Bundesstaat Rondônia plant der Gouverneur Marcos Rocha, ein treuer Verbündeter des verbrecherischen Staatspräsidenten Bolsonaro, erneut ein großes Massaker an der revolutionären Bauernbewegung. Mehr als dreitausend Soldaten bereiten sich in Rondônia vor, die armen und landlosen Bauern, die in den Gebieten des Camps Tiago dos Santos und Ademar Ferreira, ungenutzten Ländereien von Großgrundbesitzern, kollektiven Ackerbau betreiben, von den Ländereien zu vertreiben und zu ermorden. Mit der Erfahrung aus der ersten Hälfte dieses Jahres, als die Bauern vom Camp Manoel Ribeiro in Rondônia durch entschlossenen Kampf das von Rocha geplante Massaker vereiteln konnten, erklärten die 2000 Bauern von Tiago dos Santos und Ademar Ferreira entschlossen, nicht von dem Land zu weichen und um es zu kämpfen. In Ecuador hat der Präsident Guillermo Lasso den nationalen Notstand verhängt. Genau an dem Punkt, wo die Proteste des Volkes zunahmen, schickte er seine Polizei und Militär auf die Straße. Seine feige Begründung: „*Es gibt nur einen Feind: den Drogenhandel*“. Die miserable Lage des Volkes in einer Situation, wo sieben von zehn Menschen im Land keine „offizielle“ Beschäftigung haben, wagt er völlig zu verschweigen. Aber was er macht, ist eben auch Krieg: Krieg gegen das Volk.

In Deutschland gibt es weiterhin einige Stimmen, die für irgendwann in nächstem Jahr ein komplettes Ende allen Elends, das „mit Corona zu uns kam“, vorhersagen. Wenn man Corona als Ursache allen Übels betrachtet, dann klingt das halbwegs realistisch. Was diese Leute verschweigen, ist die Ausrufung eines Ausnahmezustands im Land, Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten und Entwicklung des Polizeistaats – was, auch wenn sie es damit rechtfertigen, keine Probleme eines Virus sind. Diese Sachen werden sich zum Teil auch „nach Corona“ halten. Und insbesondere steht uns noch der hauptsächliche Teil der aktuellen weltweiten Wirtschaftskrise – einer Überproduktionskrise, und nicht etwas „Corona“-Verschuldetem – bevor. In dieser Ausgabe thematisieren etwas, was auch damit zusammenhängt: die hohe Inflation. Die zeigt sich unter anderem natürlich bei Lebensmitteln oder Brennstoffen, aber auch beispielsweise in den gestiegenen Produktionskosten für die Rote Post. Soweit wir mitbekommen haben, wollen die Vertreter der RoPo aber an dem Spendenvertrag von einem Euro weiter festhalten. Wir freuen uns in diesem Punkt des weiteren über die Berichte, dass die Rote Post in vielen Arbeitervierteln Deutschlands vermehrt Anerkennung findet und versichern unseren Lesern, auch in Zukunft der Arbeiterklasse in diesem Land eine Stimme zu geben.

Eure RoPo-Redaktion





In der Nacht vom 21. und dem frühen Morgen vom 22. Oktober setzte die Militärpolizei die Vertreibung von Bauernfamilien aus dem Gebiet Tiago dos Santos unter eklatanter Verletzung des Urteils des Bundesgerichtshofs fort. Laut und stolz blieben die Bauern mobilisiert und organisiert, selbst inmitten der Räumung.

*Quelle: Resistencia Camponesa (Bauernwiderstand)*







## PLÖTZLICH INFLATION?

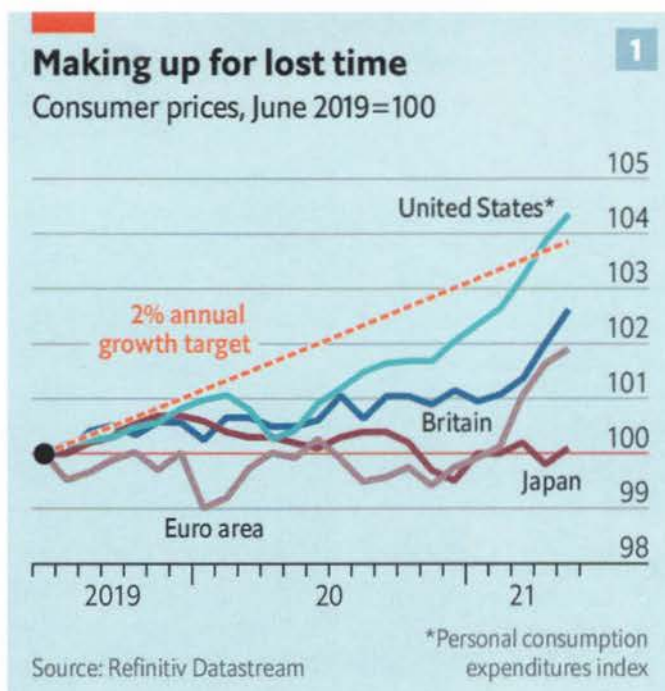
**D**iesen September ist die Inflation in Deutschland erstmals seit 1993 über vier Prozent gestiegen. In Europa lag sie so hoch wie seit 2008, während der „Finanzkrise“ nicht mehr; das gleiche gilt z.B. für die USA. Inflation bedeutet „Entwertung“ des Geldes, d.h. mit der gleichen Summe Geld kann man sich weniger kaufen als zuvor, weil es an Wert verliert. Inflation findet auf der Welt – wenn auch in den letzten zwei Jahrzehnten insgesamt recht schwach – fast permanent statt. Weil täglich mehr Geld in Umlauf kommt, mehr als der Bedarf an Produkten etc., was man sich kaufen kann, wächst. Entsprechend nimmt das Verhältnis vom vorhandenen Geld zum vorhandenen Kaufbedarf zu, also verringert sich der Wert des Geldes. Als Folge davon steigen die Preise im Allgemeinen.

Für den schnellen Anstieg der Inflation in Deutschland diesen Spätsommer machten viele bürgerliche Medien, einschließlich dem „Statistische Bundesamt“, die „Rückserhöhung“ der Umsatzsteuer (besser bekannt als Mehrwertsteuer) verantwortlich. Die Mehrwertsteuer nur für ein halbes Jahr von 19 auf 16 Prozent gesenkt, nun soll die Anhebung des Preisniveaus durch das Ende der Senkung mit Beginn dieses Jahres für den Anstieg der Inflation verantwortlich sein. Der Logik zufolge müsste die Inflation also auch vor Beginn der Auswirkungen der Senkung zumindest ungefähr so hoch sein wie jetzt – und das war sie nicht. Die Senkung hatte also längst nicht den Einfluss auf die vorhandene Geldmenge und ist ein vorgeschobener Grund. Was tatsächlich einer der wichtigsten Gründe für den Anstieg der Inflation ist, ist, dass durch die Hilfskredite für Unternehmen, um durch die erste Phase der Krise zu kommen, massenhaft Geld ins System gepumpt wurde. Die „Überbrückungshilfen“ oder „Corona-Hilfen“ vom deutschen Staat, die in großen Teilen den

großen Monopolen ihren Profit sicherten, betragen bis heute über 100 Milliarden Euro. Das, während der Kaufbedarf insgesamt nicht erhöht bzw. gesenkt wurde. Hier spielt die Zinspolitik der Notenbanken eine wichtige Rolle. Wenn jemand sich Geld in Form eines Kredits leiht, sind die Zinsen das, was bei der Rückzahlung oben drauf kommt. Der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB), der alle anderen in der Euro-Zone vergebenen Zinsen beeinflusst, liegt seit Frühjahr 2016 bei Null. Seit Frühjahr 2020 hat auch der Leitzins der Fed (Federal Reserve System) für die USA diesen Wert ungefähr wieder erreicht. Die Banken, die die Kredite an Unternehmen vergeben, können sich bei Nullzins also bedenkenlos bei den Notenbanken Geld leihen, weil später keine zusätzlichen Gelder fällig sind. Also wird das in großer Menge von diesen Banken gemacht. Die niedrigen Zinsen sollen helfen, „künstlich“ die Investitionen anzukurbeln – eigentlich sind viele Geschäfte für Unternehmen nämlich schon nicht mehr profitabel. Denn es wird mehr produziert, als gekauft werden kann, und wenn nicht gekauft wird, kann man schlecht daran verdienen. Abgesehen davon, dass das Problem dadurch nur nach hinten hinausgezögert wird und die Krise noch stärker kommt, führt der niedrige Zins dazu, dass wieder eine Menge Geld ins System gepumpt wird – und das steigert die Inflation. Bei

der „Finanzkrise“ 2007-2009 wurde eine Menge Geld in Umlauf gebracht, nach der Beginn der jetzigen Krise beschloss alleine die EU Hilfgelder in Höhe von 750 Milliarden Euro.

Was sich damit auch zeigt: Die EZB kann mit der Vorgabe des Leitzinses auch die Inflation steuern. Das hat einen Vorteil für die EU, nämlich, dass ihr Geld, also ihre Währung,



Anfang 2021 ist ein beschleunigter Anstieg der Preise in den USA, Großbritannien und der Eurozone sichtbar.



der Euro, durch die Entwertung näher an den Wert des US-Dollars kommt. Der Euro ist ein knappes Fünftel mehr wert als der Dollar. Die Währung ist entsprechend stark, allerdings ist der Dollar als Währung der USA, der einzigen hegemonialen Supermacht auf der Welt, immer noch die hauptsächlichste Währung auf der Welt. Für Unternehmen, die ihre Geschäfte gewöhnlich mit Dollar bezahlen, ist Europa in Frage der Währung also nicht besonders attraktiv gewesen, um einzukaufen. Durch die hohe Inflation in Deutschland hat sich der Euro dem Dollar seit Mai wieder etwas angenähert – das ist die Richtung, die die imperialistischen Länder in der EU, vor allem Deutschland, international anstreben, um mehr Produkte zu exportieren.

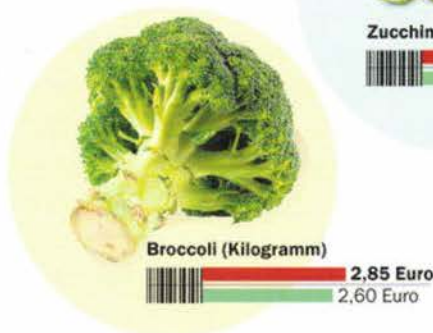
Ansonsten hat die hohe Inflation natürlich nur Nachteile, und die Arbeiterklassen und das Volk leiden darunter. Für uns bedeutet die Inflation an erster Stelle, dass man sich mit seinem Geld merklich weniger leisten kann. Wenn der Staat z.B. erfreut von den „steigenden Gehältern“ in einigen Bereichen spricht, verschweigt er oft, dass die Inflation höher ist als viele der Lohnerhöhungen, wir also im Endeffekt weniger bekommen und uns weniger für unser Leben leisten können als früher. Man sieht das im Augenblick z.B. in der Türkei. Dort entwickelte sich die Inflation so stark, dass innerhalb eines Jahres die Preise für Grundnahrungsmittel um durchschnittlich 30 Prozent, die Mieten in Istanbul fast aufs Doppelte gestiegen sind. Im Libanon haben sich die Lebensmittelpreise im Schnitt in den letzten zwölf Monaten sogar verdreifacht. Mittlerweile warnen aber auch einige Ökonomen vor den Folgen der hohen Inflation auf dem Aktienmarkt, aktuell besonders angesichts der hohen Energiepreise für Öl und Gas, bedingt unter anderem durch einen Markteingriff der Produzenten wie Gazprom aus Russland. Gazprom hat Interesse daran, das Pipeline-Projekt „Nord Stream 2“ von Russland nach Deutschland so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen. Vor nicht allzu langer Zeit, Anfang 2020 zu Beginn der Krise, waren die Ölpreise auf einem besonders niedrigem Stand. Die Kartellorganisation OPEC, die über mehr als drei Viertel der Erdölreserven auf der Welt verfügt, mit Saudi-Arabien

als Diener der USA an der Spitze, flutete den Markt mit billigem Öl, um die Macht Russlands zu schwächen. Dadurch kam der Preis so stark zum Fallen, dass er über einen Zeitraum in den negativen Bereich gelangte. Also verknappten die Imperialisten die Ölbestände im Handel künstlich. Und der Preis steigt, und wie!

Was sehen wir? Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Herrschenden zum Teil bereits vor der Krise getroffen haben, schlagen sich nach und nach auf die Arbeiterklasse und das Volk nieder. Und sie versuchen trotzdem noch alles mit verlogenen Vorwänden zu rechtfertigen. Die Kurzarbeit und die Entlassungen für Tausende von Menschen gibt es, nachdem „Corona“ kein Grund mehr ist, jetzt angeblich nur wegen Lieferengpässen für Bauteile. Die Inflation – nur ein bisschen Problem mit Öl und Gas? Es gibt zu viele Produkte, dann werden Produkte vernichtet, und jetzt gibt es zu wenig. Aber nicht, weil jemand etwas schlecht geplant hat, sondern weil dieses System nicht anders kann! Und dass die Imperialisten einen nach dem anderen vorgeschobenen Grund auftischen, um die neuen ökonomischen Probleme zu rechtfertigen, zeigt die Unmöglichkeit für sie, dieses System noch vor dem Untergang zu bewahren. •

## Preissteigerungen bei Gemüse

■ Neuer Preis: 37. Kalenderwoche 2021 ■ Alter Preis: 37. Kalenderwoche 2020





## NIEMAND HAT DIE ABSICHT, EINE IMPFPFLICHT EINZUFÜHREN

Wir zwingen die Leute nicht, sich impfen zu lassen!



Es sei denn, sie machen es nicht freiwillig!



**M**it ähnlichen Worten erklärte am 18. November 2020 der alte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vor dem Bundestag: „Ich gebe Ihnen mein Wort: Es wird in dieser Pandemie keine Impfpflicht geben.“ Anfang Januar bestätigte er dieses Versprechen noch einmal in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ und erklärte dabei auch, wie man die Menschen zum Impfen bringen wolle: „Wir setzen auf Argumente, auf Information und Vertrauen in den Impfstoff“. Ganze drei Monate blieb sein Versprechen zumindest offiziell bestehen. Dann kündigte er Anfang April an, die „Corona-Maßnahmen“ für ausschließlich Geimpfte zu lockern, ihnen Freiheiten zurückzugeben. „Das ist kein Privileg oder Sonderrecht“, sagt er, denn alternativ konnte jedermann sich natürlich auch jeden Tag einen Stab in die Nase stecken. Am 22. April legte der Staat mit dem „Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ die Grundlage für eine Aufhebung eines fundamentalen Artikels aus dem Grundgesetz, der lautet:

### Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

...

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner

Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Denn seitdem gibt es „Erleichterungen und Ausnahmen“ von den „Corona-Maßnahmen“ für Geimpfte, die Tag für Tag größer werden. Die für „3G“ notwendigen Tests sind mittlerweile zu bezahlen, und dass man genesen ist, kann auch nicht gerade jeder von sich behaupten. Wer sich also nicht impfen lässt, kriege seine Freiheiten nicht wieder – und verliert auch grundlegende Rechte. Ein wichtiges Recht ist das auf Entschädigungsansprüche für den Lohn im Falle einer Quarantäne. Erst sechs Wochen voll, dann ein Beitrag von maximal 67 Prozent des durch die Abwesenheit auf der Arbeit entstandenen Verlustes werden einem normalerweise gezahlt, damit man weiter über die Runden kommen kann. Das wird jetzt für Leute, die als Kontakt- bzw. Verdachtsperson oder auch „Risiko-gebiet“-Rückkehrer in Quarantäne müssen, die sich nicht haben impfen lassen, ab dem 1. November abgeschafft. Nachdem man den Nicht-Geimpften die Freiheiten genommen hat, zu reisen, Kultur wahrzunehmen etc., starten die Herrschenden mit der Aufhebung des Quarantäne-Entschädigungen einen direkten Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse. Eine Impfpflicht ist es offiziell nicht, ja, aber zunehmend ein Impfwang. Und was macht für uns noch für einen Unterschied ob so oder mit einer Pflicht?



Im Vergleich zu letztem Jahr sind die Einschränkungen diesen Herbst deutlich niedriger und insgesamt haben viel mehr Läden offen und finden Veranstaltungen statt. Dabei liegen die Inzidenzwerte seit Mitte August im Bundesdurchschnitt über 50, und auch die Hospitalisierungsrate (Erkrankte, die ins Krankenhaus müssen) und der Personen auf Intensivbetten sind höher. Einerseits wissen die Imperialisten um den Unmut im Volk über die restriktiven Maßnahmen, andererseits haben sie auch Sorge vor den wirtschaftlichen Konsequenzen, wenn z.B. der Einzelhandel noch weiter eingeschränkt sein würde. Also haben sie insgesamt viel „aufgemacht“. Aber jetzt brauchen sie auch eine medizinische Begründung dafür, haben sie doch bei niedrigeren Zahlen deutlich größere Einschränkungen beschlossen. Ebenfalls im Januar sprach Spahn in einem Interview mit der FAZ darüber, dass das Ziel der Impfkampagne die Herdenimmunität sei, also der Zustand, in der so viele immun gegen das Virus sind, dass seine Ausbreitung erheblich abschwächt. Um den zu erreichen, müssten nach offiziellen Zahlen um die 85 Prozent der gesamten Bevölkerung geimpft sein. Die Herdenimmunität sollte kommen, um die Öffnungen und Lockerungen zu rechtfertigen, aber jetzt stocken die Zahlen bei knapp zwei Drittel. Weil die meisten Leute, die jetzt noch fehlen, entweder Kinder sind, oder aber Leute, die kein Vertrauen mehr in „Angebote“ der Herrschenden haben – und das mit Recht. Natürlich ist Impfen eine gute Sache, aber wenn der Staat uns ein ums andere mal betrügt, offenbar macht, dass er nur den Reichen dient, dann ist es doch die logische Konsequenz, dass einige sich so betrogen fühlen, dass sie seinen ihm gar nicht mehr trauen. Und deshalb scheitert die Methode der Überzeugung, die Spahn noch im Januar vorgegeben hatte, anzuwenden. Und anstelle der Überzeugung folgt nun der Zwang.

Der Raub der Entschädigungsansprüche bei Quarantäne für Ungeimpfte dabei erst am Anfang. Mit der Krise weiten die Imperialisten ihre Ausbeutung und Unterdrückung aus, ein Teil davon ist, die Rechte der Arbeiter angegriffen werden. Das nimmt eben gerade an Fahrt auf und ist mit Corona keinesfalls vorbei. In Frankreich gilt offiziell bereits eine Impfpflicht für Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Tausende, die die Impfung ablehnten, wurden inmitten dieser Pandemie, wo Fachkräfte so dringend gebraucht werden, einfach vom Dienst suspendiert. Das ist in höchstem Maße zynisch, es dann mit Corona zu rechtfertigen! Die Bourgeoisie will in Zukunft unter anderem einfachere Grundlagen,

um Beschäftigte zu entlassen, auch nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Wege finden sie immer, wenn sie es wollen. Ein Beispiel, was sie sich zu nutze machen könnten, ist ein Paragraph aus dem „Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder“, der für alle in dem Bereich Beschäftigten gilt: Pflicht zur politischen Treue, Eintreten für den Staat, Distanzieren von Leuten, die den Staat bekämpfen. Auf der Grundlage dieses Paragraphen wurde 1972 der sogenannte Radikalenerlass eingeführt. Der sollte es einfach machen, Leute aufgrund deren Gesinnung zu entlassen oder erst gar nicht einzustellen. Nicht etwa Faschisten, zumal es in der BRD immer noch an Ex-Nazis aus dem „Dritten Reich“ wimmelte, sondern hauptsächlich „linksextreme“ Lehrer wurden bis 1991 bei der Bewerbung für eine Stelle abgewiesen oder als Beschäftigte entlassen. Solche Gesetze für Berufsverbote sind heute weiterhin eine realistische Möglichkeit.

Zusammengefasst: Mit dem faktischen Impfwang starten die Herrschenden einen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Diese Angriffe werden sich, je weiter sich die Krise entwickelt, vermehren. Der Grund für diesen Impfwang ist, dass sich die bürgerlichen Politiker abermals politisch in eine Sackgasse manövriert haben. Sie müssen die „Lockerungen“ rechtfertigen, brauchen also die Herdenimmunität, brauchen also mehr Impfungen. Das wird auch für die kommende Regierung ein Problem sein, als Teil des Problems, wie sie die Pandemie innerhalb einer Wirtschaftskrise handhaben.

Unterdessen werden Geimpfte und Nicht-Geimpfte als die Sündenböcke gegeneinander aufgehetzt. Anstatt z.B. die Probleme im maroden Gesundheitssystem zu thematisieren, werden die Nicht-Geimpften als *die* Schuldigen für die Erkrankungen anderer niedergemacht. Die bürgerlichen Politiker sagen, es gibt keine Impfpflicht, aber halten einem die Pistole gleichzeitig an den Kopf. Nicht um zu schießen, sondern um zu drohen. Mit Freiheit hat das nichts zu tun! Jeder Mensch soll das doch frei für sich entscheiden können. Wenn diejenigen, die das Volk zum Impfen auffordern, nicht die treuen Vertreter der Ausbeuter wären, würde es mit der Überzeugung für eine gute Sache auch sicherlich wesentlich besser funktionieren. \*



## GEWALT GEGEN FRAUEN IN DER LONDONER POLIZEI – ALLES EINZELFÄLLE?



*Die von der Polizei schikanierte Demonstration nach der Ermordung von Sarah Everad im Clapham Common Park*

**A**nfang März 2021 entführte, vergewaltigte und tötete ein britischer Polizist eine junge Frau in London. Nun wurde er vom Strafgerichtshof Old Bailey zu „lebenslänglich bis zum Tod“ verurteilt.

Der Mörder von der Londonerin Sarah Everad erhält damit das höchste Strafmaß, was in Großbritannien möglich ist. Seine Verteidiger hatten während des Prozesses 30 Jahre Haft gefordert. Er täuschte dem Opfer vor, als Zivil-Polizist im Dienst zu sein und nahm sie unter dem Vorwand des Verstößes gegen Infektionsschutz-Regeln fest. Später vergewaltigte und erwürgte er sie.

Der Täter, der 40-jährige Wayne Couzens, hatte den Mord wohl lange im Voraus geplant. Er kundschaftete einen geeigneten Ort für eine Entführung aus und besorgte sich Klebeband und Gummibänder. Ein schicker Leihwagen sollte seine Rolle als Zivil-Polizist glaubwürdig machen. In der Mordnacht erzählte er laut Gericht seiner Familie, seiner Ehefrau und den zwei Kindern, dass er Nachtschicht machen müsste, und stieß bei seiner Suche nach einem Opfer zufällig auf Sarah. Wie der Richter des Prozesses verlauten ließ, war es Couzens nur unter dem Vorwand der Covid-Kontrolle möglich, die junge Frau zu entführen. Auf einer Überwachungskamera im inneren eines Linienbusses ist der Täter zu sehen, wie er dem Opfer

seine Polizeimarke zeigt. Das lieferte den notwendigen Beweis, um Couzens zu überführen. Nach der vorge-täuschten Verhaftung fuhr er Sarah zwei Stunden von London entfernt auf einem leeren Parkplatz. Dort wurde Sarah dann vergewaltigt und später mit einem Polizeigürtel erwürgt. Ihre Leiche versteckte der Täter zunächst im Wald und verbrannte sie später in einer alten Kühltruhe, bevor er ihre Überreste in einen Teich warf. Mit seinen Kindern fuhr er später zurück in das Waldstück, wo er die Leiche verbrannte, um sie dort spielen zu lassen. Die Utensilien, die er für den Mord brauchte, brachte er nach der Tat alle wieder zurück auf die Polizeiwache.

Der brutale Mord an der 33-Jährigen sorgt zur Zeit weltweit für Schlagzeilen. Er löst zu recht Empörung und Erschrecken bei den Menschen aus. Die Kritik an der britischen Polizei wächst. Insbesondere, da Couzens sogar im diplomatischen Polizeidienst gearbeitet hatte und mehrmals mit Schusswaffe zum Schutz des britischen Parlaments eingesetzt wurde. Die bürgerliche Presse berichtet, diese Tat habe die britische Polizei in eine „tiefe Vertrauenskrise“ gestürzt. Aus allen Ecken kommen Forderungen nach einem Rücktritt der Londoner Polizei-Chefin Cressida Dick. Plötzlich melden sich auch alle möglichen bürgerlichen Politiker zu Wort und beklagen neuerdings die Gewalt gegen Frauen in dem Land. Die heuchlerische Solidarität von den



bürgerlichen Politikern mit „den Frauen im Land“ verleugnet den Fakt, dass Frauenmorde in vielen Ländern traurigerweise auf der Tagesordnung stehen. Die erz-konservativsten Politiker der imperialistischen Länder weinen Krokodilstränen und werden dann plötzlich zu Feministen, wenn es darum geht, das Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Institutionen wie der Polizei wieder herzustellen.

Auch Premierminister Boris Johnson klagt über einen zu laxen Umgang mit Gewalt gegen Frauen bei Polizei und Justiz. *„Nimmt die Polizei diese Probleme ernst genug? Es ist unerträglich. Ich denke, die Menschen haben das Gefühl, dass sie das nicht tut, und sie haben nicht Unrecht“*, so Johnson in einem Interview mit der Zeitung „Times“. Eine unabhängige Untersuchung zum Mörder hatte Johnson jedoch zunächst abgelehnt: Stattdessen müsse der gesamte Umgang mit Vergewaltigungen, häuslicher Gewalt, sexualisierter Gewalt und Beschwerden von Frauen über Belästigung „systematisch untersucht“ werden, so Johnson. Natürlich ist Gewalt gegen Frauen ein gesamt-gesellschaftliches Problem, welches gelöst werden muss. Er versucht mit der Aussage jedoch, das Problem, dass Staatsbeamte ihre Stellung nutzen, um Frauen zu belästigen, herunterzuspielen, damit das Vertrauen in die Polizei nicht vollständig zerstört wird.

Couzens ist verurteilter Exhibitionist, der häufig Prostituierte aufsucht und eine Vorliebe für Gewaltpornografie hat. Wie es sein kann, dass so jemand mit einer Polizei-Marke rumlaufen kann, das soll unter den Teppich gekehrt werden. Lieber verteidigt Johnson „Tipps“ von der Polizei, man solle doch den Polizei-Notruf zu wählen, wenn man Zweifel an der Echtheit eines zivilen Polizisten hat. Dass die Polizeibeamten weder Freunde noch Helfer sind, ist den Meisten (Frauen) aber längst klar. Allein in London gab es zwischen 2019 und 2020 160 aktenkundige(!) Fälle von Belästigung von Frauen durch Beamte im Dienst. In den vergangenen 12 Jahren wurden mindestens 15 Frauen von britischen Polizeibeamten getötet, meist im Rahmen von häuslicher Gewalt. Der Fall von Sarah zeigt noch einmal mehr, mit welcher Schamlosigkeit und Brutalität die Schweine ihre Stellung nutzen, um ihre perversen Gewaltfantasien am Volk auszuleben. Das sollte auch die restlichen Illusionen in die sogenannten „Verteidiger der Demokratie“ zerstören. Der zuständige Richter für Sarahs Fall lobte die Polizei übrigens für ihre „gründlichen Ermittlungen“.

Dass Sarah Everads Ermordung eben kein Einzelfall ist, dafür wollten vor kurzem Frauen im Londoner Park Clapham Common demonstrieren. Doch die Polizei löste diesen Protest gewaltsam auf. Kurz vorher wurde die Mahnwache für Sarah von den Bullen abgeblasen, weil die Veranstaltung angeblich nicht unter den erforderlichen Infektionsschutz-Maßnahmen durchgeführt werden könnte. Auf konkrete Vorschläge der Veranstalter, wie die Schutzmaßnahmen umzusetzen wären, wollte die Polizei jedoch nicht eingehen. Stattdessen sollten „individuelle Mahnwachen“ vor der eigenen Haustür abgehalten werden, derer sich auch der neu-entdeckte Feminist Boris Johnson beteiligte. Die Frauen waren jedoch in ihrer Wut und ihrem Willen, gegen die Gewalt zu kämpfen, nicht aufzuhalten und versammelten sich in den Abendstunden zu hunderten in dem Park. Die Polizei besetzte den Platz, kesselte die Frauen ein und begann, nachdem es zu Rangeleien kam, den Platz gewaltsam zu räumen. Das brutale Vorgehen der Bullen wurde von lauten Rufen von „shame on you“ verurteilt. Es kam zu mehreren Festnahmen, wegen „Verletzung der Öffentlichen Ordnung und Corona-Schutzregeln“, dabei wurden mehrere Frauen brutal zu Boden gedrückt. Die Vizechefin der Londoner Polizei, Helen Ball, verteidigte das Vorgehen. So viel zum Thema „Freund und Helfer“.

Auch in Deutschland wenden die Bullen häufig patriarchale Gewalt gegen Frauen an. 2013 wurde z.B. eine 23-jährige in München, nachdem sie die Polizei selbst wegen eines heftigen Streits mit ihrem Freund gerufen hatte, von mehreren Polizisten in einer Haftzelle gefesselt, von vier auf den Boden gedrückt und dann von einem mit der Faust wie in einem Exzess ins Gesicht geschlagen. Wir Frauen müssen dafür sorgen, dass diese brutalen Taten überall auf der Welt ein Ende haben. Wir müssen dafür kämpfen, dass keine Gewalt und keine Morde mehr gegen uns verübt werden, einfach, weil wir Frauen sind. Am 25. November wird weltweit gegen Gewalt an Frauen demonstriert. Lasst uns diesen Tag zum Anlass nehmen, die Illusionen in den alten Staat und seine Institutionen noch mehr zu zerschlagen und gegen unsere Unterdrücker zu kämpfen und uns zu wehren. •



## STREIKEN FÜR KLEINERE KLASSEN



*Fahrraddemo der GEW zum Lehrerstreik*

Jeder Berliner mit schulpflichtigen Kindern kennt die Probleme im Bildungswesen aus eigener Erfahrung: Die Schulen sind zu klein, die Klassen zu groß, die Lehrer zu wenige. Die versprochene Inklusion findet so nur auf dem Papier statt und ist bereits als versteckte Sparmaßnahme verschrien. Auch die Lehrer sind unzufrieden und beklagen eine zu hohe Arbeitsbelastung. Zu große Lerngruppen sehen Berliner Lehrer dafür als Hauptursache (67,9 Prozent), wie eine aktuelle Studie ergab. Für bürgerliche Politiker und Medien gilt die Wiederverbeamtung von Lehrern als das Allheilmittel für Unzufriedenheit und Lehrermangel in Berlin. Da ist auch die SPD inzwischen ganz auf CDU-Linie geschwenkt. Spricht man aber tatsächlich einmal mit Lehrern, hört man viele klagen, aber der fehlende Beamtenstatus wird nicht erwähnt. Neben der Pension statt der Rente und einem weiteren Erschweren einer möglichen Kündigung hat das ja auch keine nennenswerten Vorteile. Als Austausch dafür haben Beamte aber auch kein Streikrecht, selbst Arbeitskämpfe wie der Aktuelle werden also erschwert. Dazu kommt auch, dass die Verbeamtung vor allem ein Versuch ist, die Beamten mehr an den Staat zu binden und sich mit den vorhandenen Vorteilen Loyalität zu erkaufen.

Es ist also nur konsequent, dass ab Oktober unter dem Schlagwort „Tarifvertrag Gesundheitsschutz“ für kleine Schulklassen gestreikt werden soll. Demnach

soll die Klassenstärke an Grundschulen 19 Schüler, an weiterführenden Schulen 24 Schüler und an Berufsschulen 21 Schüler betragen. An sogenannten „sozialräumlich besonders belasteten Standorten“ sind die Grenzen geringer gefordert, mit 17 Schülern in der Jahrgangsstufe 7, 21 bei Jahrgang 8 bis 13 und 14 in Leistungskursen. Insgesamt also ein gutes Stück unter dem aktuellen Standard. Dabei ist auch interessant, nach welchen Kriterien Schulen in diese Kategorie fallen, diese sind nämlich im Forderungsbeschluss nicht definiert. Für die Förderprogramme der Stadt gilt die „Lernmittelbefreiungsquote“ als Voraussetzung, also welcher Anteil der Eltern der Schüler Sozialleistungen beziehen. Um eine solche Förderung zu erhalten muss diese Quote an der Schule mindestens 50 Prozent betragen, für eine höhere Förderung sogar 75 Prozent; betroffen sind insgesamt aber trotzdem 276 Schulen in Berlin. Das Kriterium „sozialräumlich besonders belastete Standorte“ liegt aber näher an der umgangssprachlichen „Brennpunktschule“ und wird in anderen Texten auch zum Beispiel über Anteile von Migranten oder ähnlichem definiert, sodass völlig willkürlich ist, wie viele Schüler denn im Endeffekt in den Klassen verbleiben.

Die immer zahlreicher werdenden Schüler mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ sollen bei dieser Zumessung doppelt zählen, um ihnen und dem damit



verbundenen Zeitaufwand gerecht zu werden zu können. Bei einigen Schulen ist das ein wichtiger Punkt, da die Anzahl der Schüler ohnehin um die geforderte Grenze herum liegt und eine Verkleinerung der Klassen vor allem so dennoch möglich ist.

Leider wird dieser längst überfällige Arbeitskampf von der gelben Gewerkschaft GEW gewohnt kraftlos geführt. Zum ersten Warnstreik am 6. Oktober haben sie nur Lehrkräfte von 28 ausgewählten Schulen aufgerufen. Dennoch wurden ungefähr 500 Lehrer mobilisiert. Erst wenn das gescheitert ist, wollen sie mehr Lehrer mobilisieren. Dass sie auch jetzt schon in der Lage gewesen wären, mehr zu mobilisieren, zeigen sogar ihre eigenen Online-Umfragen, in denen beispielsweise insgesamt über 75 Prozent der Befragten zu einem Aufruf zum Streik „stimmen zu“ oder „stimmen eher zu“ gestimmt haben. Gerechtfertigt wird das Ganze vom Berliner GEW-Vorsitzenden mal wieder mit der aktuellen Universalbegründung Corona: *„Uns ist bewusst, dass der Unterrichtsausfall der letzten Monate durch Corona für die Familien eine enorme Belastung war. Daher haben wir auch nur einen Teil der Lehrkräfte zum Streik aufgerufen, um die Belastungen in Grenzen zu halten.“* Das ist wenig einleuchtend, denn die Mehrbelastung, die Eltern durch jahrelangen Lehrermangel und fehlende Förderung ihrer Kinder haben, ist wesentlich größer als die durch einige Streiktage. Zumal die Ziele dieses Streiks auch die Schüler begünstigen, weshalb das Ganze viel vermittelbarer ist als Arbeitsniederlegungen für Gehaltserhöhungen. Trotzdem schaffen es Berliner Politiker, sich sogar über einen solchen, kleinen Streik aufzuregen und den Lehrern, aber am liebsten gleich allen Arbeitern, mit der Begründung „Corona“ das Streiken, mit der Haltung „Streikrecht ist ja gut, aber bitte nicht nutzen“ abzusprechen. Dirk Stettner von der CDU nannte das Ganze „Egomanie zur Unzeit auf Kosten von Eltern und Kindern“. Der jetzige Streik sei „die vollkommen falsche Prioritätensetzung zu Lasten unserer Kinder und Eltern“.

Hier zeigt sich auch erneut das Verhältnis der gelben, also der aktuell großen etablierten, Gewerkschaften zum Staat und der herrschenden Klasse. Auch die Demonstration am ersten Mai wurde dieses Jahr vom DGB abgesagt, auch das mit Corona begründet. Diese Gewerkschaften spielen eine stützende Rolle. Sie lenken die Proteste und Arbeitskämpfe in Richtungen, die dem System nicht gefährlich werden und ja nicht zu „radikal“ sind. Viele der Mitglieder dieser Gewerkschaften erkennen richtig, dass sie sich als Arbeiter zusammenschließen und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen

müssen, sie haben kurz gefasst ein gewisses Klassenbewusstsein. Die Führungen dieser Gewerkschaften sind jedoch bürgerlich und verraten diese Kämpfe. Anstatt sie also anzuführen und die Kämpfe voran zu treiben, bremsen sie diese aus. Auch der Charakter der Streiks jetzt ist weniger der, dringende und überfällige Kämpfe zu führen, insbesondere in Anbetracht der möglichen Mobilisierung, die nicht genutzt wurde. Die Notwendigkeit dafür und das Ausmaß der Probleme des Berliner Bildungssystems wurden im Ausnahmezustand für alle nur noch offener und klarer. Stattdessen gilt es für die Gewerkschaft aber vor allem, ein Lebenszeichen von sich zu geben. Ein „Wir sind übrigens auch noch da“ im Versuch, ihre Führung über Arbeitskämpfe nicht zu verlieren.

Als weitere Anmerkung zu Streiks sei erwähnt, dass die Arbeitskämpfe bei dem Lieferdienst „Gorillas“, über die wir bereits berichteten, andauern. Eine Entwicklung, die Anfang Oktober bekannt wurde, ist, dass es zu einer Welle an Entlassungen gegen Beteiligte an den Streiks kam, auch gegen nur vermeintlich Beteiligte. Nach weiteren Streiks, welche weiterhin nicht von gelben Gewerkschaften angeführt waren, hat „Gorillas“ beschlossen, diese Streiks als illegal und als Kündigungsgrund anzusehen. So wurden nahezu alle Arbeiter aus drei Niederlassungen gefeuert. Darunter auch Kollegen, die nicht einmal gestreikt hatten, sondern frei hatten, während sie sich an den Protestaktionen während den Streiks beteiligten. „Gorillas“ zeigen ihr wahres Gesicht nun immer mehr. Als sie am Anfang der Proteste noch glaubten, sie ließen sich mit ein paar vagen Versprechen beenden, sagte der Geschäftsführer noch: „Ich würde niemals jemanden feuern, weil er streikt“, oder „Ich mag, dass ihr für eure Rechte kämpft.“. Nun verstecken sie nicht einmal mehr die Teilnahme an den Streiks und Protestaktionen als Kündigungsgrund. Zu den schon vorhandenen Kündigungen kommt auch die Befristung der Arbeitsverträge, die bei der ersten größeren Welle an Einstellungen drohen auszulaufen. Gegen die Befristung gibt es aktuell auch ein Arbeitsrechtsverfahren, da die Verträge nur digital bestehen und dort auf Grund des verwendeten Verfahrens nicht rechtskräftig befristet werden können. Gorillas spielt dabei auf Zeit und versucht, die Verhandlung möglichst weit hinter das Ende des auslaufenden Vertrags zu schieben – mit Argumenten wie, dass in diesem Falle ja der gesamte Arbeitsvertrag ungültig sei. Das Gericht hat es auch nicht eilig, für Klärung zu sorgen: Es vertagte den ersten Prozess ohne Ergebnis und legte den nächsten Termin auf Februar 2022. •



## POLIZEI IM LANDKREIS STADE ERMORDET ERNEUT GEFLÜCHTETEN



*Die Flüchtlingsunterkunft in Stade, nachdem die Polizei den Mann aus dem Sudan dort ermordet hatte*

**V**or circa zwei Jahren berichteten wir von einem jungen Geflüchteten, der in Stade erschossen wurde. Aman A. wurde in einem Stader Flüchtlingsheim getötet, weil er in seinem Zimmer mit einer Hantel in der Hand zu „gefährlich“ für die dortige Polizei wirkte. In Gedenken an Aman A. werden jährlich Demonstrationen in Nähe dieser Flüchtlingsunterkunft abgehalten, die seine Freunde und Angehörigen mit organisieren. Diese beschreiben Aman als herzenguten Menschen, der sich mit seinen Problemen Hilfe gesucht hatte, jedoch keine bekam.

Nun wurde erneut ein Geflüchteter in einer Unterkunft in Stade, ein 40-jähriger Sudanese von der Stader Polizei erschossen, da er mit einem Messer gedroht haben soll. Am 3. Oktober trafen die Bullen gegen 23:30 Uhr dort ein, nachdem sie von Anwohnern gerufen worden waren, und eröffneten prompt das Feuer, als sie dem Mann mit dem Messer in der Hand begegneten. Laut Zeitungsberichten hatte die Polizei vorher mehrfach versucht, den 40-jährigen geflüchteten Sudanese in eine psychiatrische Unterkunft einweisen zu lassen, was aber vor Gericht abgelehnt wurde, da er immer wieder zu beruhigen war. Wieder wurde ein Geflüchteter ermordet, der angebliche psychische Probleme hatte. Er erlag im Krankenhaus seinen

Verletzungen. Die Staatsanwaltschaft Stade leitete ein Ermittlungsverfahren gegen die Polizisten, nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlages ein. Ob die Bullen aus „Notwehr“ gehandelt haben, müsse noch untersucht werden. Da die genauen Tatumstände noch ermittelt werden, können die restlichen Bewohner nicht in die Unterkunft zurück. Sie seien vorerst „bei Freunden“ untergekommen. Die Mörder von dem Geflüchteten befinden sich nun in „seelsorgerischer Betreuung“.

Wie kann es sein, dass wir uns ständig die gleichen Fragen stellen? Wieso wurde dem Geflüchteten nicht geholfen, wieso muss jemand mit einer angeblichen psychischen Krankheit ermordet werden; wegen einer angeblichen Gefahrenverhütung? Die eigentliche Gefahr und Bedrohung geht offensichtlich von den Stader Bullen aus, die mittlerweile fast mehr unschuldige Menschen auf dem Gewissen haben als so mancher Soldat aus einem Kriegsgebiet. Es ist völlig unmöglich, dieses Vorgehen der Bullen länger als Einzelfälle zu verharmlosen. Zudem gab es aus ungeklärter Ursache im April und September diesen Jahres Explosionen und Brände in einer Buxtehuder Flüchtlingsunterkunft. Ein mutwilliger Anschlag auf die Unterkunft ist nicht ausgeschlossen. Im April brannte es in Buxtehude in mehreren Wohncontainern der Wohneinheiten, und im September gab



es in der gleichen Flüchtlingsunterkunft, nach einer lauten Explosion, ein starkes Feuer, welches von einem Großeinsatz der Feuerwehr unter Kontrolle gebracht und gelöscht werden musste.

Doch auch in Hamburg-Winterhude wurde im Mai ein Geflüchteter (Omar, 36, Libanese) von Polizisten erschossen. Dieses mal auf offener Straße, nach dem er angeblich parkende Autos beschädigt und Passanten mit einem Messer bedroht haben soll. Es wurde später nur ein Messer mit abgebrochener Klinge gefunden. Die Bullen, die angeblich versuchten, ihn zunächst mit Pfefferspray und Tasern zu überwäligen, ermordeten Omar mit sieben Schüssen. Er wurde zunächst am Boden liegend gefesselt, bevor er noch vor Ort seinen Verletzungen erlag. Die Bewohner seiner Unterkunft beschrieben ihn als einen zuvorkommenden und hart arbeitenden Menschen. Er hinterlässt eine Tochter.

Ein Bild wird klar: Das brutale Vorgehen der Polizei dient auch der Einschüchterung der anderen Geflüchteten, bloß nicht über die Stränge zu schlagen. Dies kommt auch bei den Bewohnern der Flüchtlingsunterkünften in Stade an. Die Geflüchteten haben jegliches Vertrauen in diesen Staat und seine Institutionen verloren: „Entweder meine Freunde werden verhaftet und abgeschoben oder gleich getötet“, rief ein Demonstrant auf einer Demonstration für Aman A. Diese Menschen kommen oft aus Kriegsgebieten, um in Deutschland eine sichere Unterkunft zu finden, aber stattdessen leben sie in Angst darum, dass ihre Unterkunft auch hier in ein Kriegsschauplatz verwandelt wird. Auch hier sind sie vor dem unnatürlichen Tod durch einen Dritten nicht sicher. Der Landkreis Stade ist, bis auf ein paar Ausnahmen durch Kleinstädte, ein sehr ländliches Gebiet. Nicht selten werden die Geflüchteten, die sich angeblich so dringend in diese Gesellschaft zu integrieren hätten, von den deutschen Behörden am Rande eines kleinen Dörfchens ausgesetzt und sich selbst überlassen. Wer Unterstützung sucht, findet keine.

Die Häufung der Morde an Geflüchteten und nicht zuletzt die brutale Abschiebungspolitik der deutschen Behörden zeigen erneut, wie herzlich egal den Herrschenden das Schicksal der Menschen, die hier her kommen, ist. Erst Mitte August hat ein neuer Abschiebeknast von den Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in Glückstadt eröffnet. Damit von Anfang an klar ist, dass die Geflüchteten in der Obhut von deutschen

Behörden nicht glücklich werden sollen, trägt die neue Unterkunft das perfide Motto „Wohnen Minus Freiheit“. Die neu gebauten Sicherheitsanlagen seien wie ein Hochsicherheitsknast gebaut worden und extra darauf ausgerichtet, Familien mit Kindern dort einzupferchen. Ein dort zuständiger Anwalt für Asylrecht spricht davon, dass die Hälfte seiner Klienten zu Unrecht in Abschiebehaft sitzen, diese unter widrigsten Bedingungen fristen und die wenigen Rechte, die die Asylbewerber haben, nicht gewährt werden.

Auch Psychologen, die in einer solchen Ausnahmesituation wie einem Polizeieinsatz ein bisschen nett auf die Geflüchteten einreden, ändern nichts an dem systematischen Problem, dass die Menschen, die hier her flüchten, in dieser Gesellschaft wie Dreck behandelt werden, den es zu beseitigen gilt. Und das genau von denen, die sich als „Freund und Helfer“ ausgeben. Natürlich nur so lange sie der Bourgeoisie nicht als nützliche Arbeitskräfte dienen. In den letzten Jahren ist der tödliche Schusswaffengebrauch durch die Polizei in der BRD stark angestiegen, seit 2009 hat er sich mehr als verdoppelt. Eine Sache ist in diesem Fall klar, das was passiert ist, war ein Mord, eine Hinrichtung durch die Henker des deutschen Staates, nicht mehr und nicht weniger als ein chauvinistisches Verbrechen.

Über die ausländerfeindlichen Standpunkte und faschistischen Strukturen innerhalb der Reihen der Polizei, die immer wieder aufgedeckt werden, berichtet die Rote Post immer wieder. Schockierend ist erneut die absolut niedrige Hemmschwelle bei den Bullen, den Geflüchteten wegen angeblicher „Ausraster“ tödliche Verletzungen hinzuzufügen. Die deutschen Polizisten unterscheidet damit nicht viel von den prügelnden Bullen-Banden in Kroatien, die die Geflüchteten mit Foltermethoden zurück über die EU-Außengrenzen treiben. Diese Bilder haben vor Kurzem einen Skandal in der bürgerlichen Presse ausgelöst. Dieser erneute Mord bei einem „normalen“ Polizeieinsatz wird jedoch innerhalb kürzester Zeit wieder vergessen werden, als hätte man sich daran gewöhnt. Dabei sei angemerkt: An diesem systematischen Problem wird auch eine neue Regierung nichts ändern, egal wie sehr die Sozialdemokratie uns eine „gute Migrationspolitik“ vorheuchelt. Im Gegenteil: Jede der Parteien, die sich als Vertreter dieses Staates sehen, dienen den Interessen der Bourgeoisie, und sind damit grundsätzlich bereit, jede Art der Gewalt gegen das Volk zu erlauben. •



## WEM GEHÖREN DIE WÄNDE?



Unterschiedliche Dazibaos zum 1. Mai 2020 in Bremen

Kürzlich erschien in der Bremer Regionalzeitung „Weser Kurier“ ein Artikel, der sich mit illegalen Graffiti, beziehungsweise deren Entfernung, befasst. Im Fokus des Artikels stehen politische Malungen und das Bestreben aller möglichen sogenannten „Volksvertreter“, diese effektiver und koordinierter zu bekämpfen. Kurz: Es soll noch mehr Energie darauf verwendet werden, die Stimme des Volkes zu unterdrücken. Dass das nicht in unserem Interesse sein kann, liegt auf der Hand. Aber wenn man diese Sache im Kopf hat, wird die Heuchelei der Herrschenden umso deutlicher, wenn sie uns weismachen wollen, der Staat sei etwas, von dem wir alle profitieren. Nach dem Motto: jeder wirft seine Steuern in einen großen Topf und im Gegenzug haben wir dann alle was von dem, was damit finanziert wird. Aber wenn das stimmen soll, warum dürfen wir uns dann nicht an den Wänden, der von uns finanzierten öffentlichen Gebäude ausdrücken? Warum ist es verboten und wird bestraft, wenn wir an unsere eigenen Wände schreiben oder malen?

Ganz einfach; weil dieses Märchen eben nicht stimmt, die Bourgeoisie herrscht über uns, ganz egal, was sie uns von „Demokratie“ erzählt und wie viele Steuern wir für was zahlen. Und die Bourgeoisie hat eben ein Problem damit, wenn wir unsere Unzufriedenheit mit

ihrem System ausdrücken und das auch noch öffentlich, für alle sichtbar. Die Herrschenden befürchten zurecht, dass unsere Malungen dazu beitragen, dass wir uns immer mehr gegen sie vereinen und uns gegenseitig in unserem gerechtfertigten Kampf bestärken. Und so setzen sie alles daran, besonders revolutionäre Graffiti zu bekämpfen.

Schon seit Tausenden von Jahren äußern die Menschen ihre Meinung zu allen möglichen Dingen an den Wänden. Ein besonders gutes Beispiel dafür, wie das Volk sich diese Methode zunutze gemacht hat, sind die sogenannten Dazibaos (Wandzeitungen) aus dem revolutionären China, vor allem in der Kulturrevolution 1966-1976. Diese großen Papierbögen, die mit großen, gut lesbaren Schriftzeichen bemalt waren, wurden von den Massen an allen Wänden angebracht und enthielten in einfachen Sätzen Nachrichten, Kritiken, Vorschläge, Bewertungen und allgemein die Meinungen der Leute. Wem kein Papier zur Verfügung stand, der schrieb einfach mit Farbe direkt auf die Wand, oder mit Gips oder Kohle, je nachdem, was vorhanden war. Auf diese Art konnte wirklich *jeder* seine Meinung öffentlich äußern. Während der Kulturrevolution, als in China bereits die Arbeiterklasse an der Macht war, wurden die Dazibaos als Werkzeug der Herrschaft des Proletariats eingesetzt, indem die Massen an den Wänden sagen



konnten, was sie wollten, Vorschläge machten, Erfahrungen austauschten und bewerteten, die Führer und sich gegenseitig kritisierten und Diskussionen, Kämpfe und damit Veränderung anstießen.

Aber natürlich sind nicht alle Wandmalungen fortschrittlich. Auf einen großen Teil der Graffitis heute trifft das Gegenteil zu: Oft geht es nur darum, in den waghalsigsten Aktionen, in der präzisesten Ausführung und in den größten Formaten sein Pseudonym zu hinterlassen und sich so mit anderen Sprayern zu messen. Diese Form der Kunst ist bürgerlich und dient in keinsten Weise dem Volk. Denn das ist purer Individualismus, es geht also nur um das Interesse des Einzelnen und nicht um unser gemeinsames.

Um über dem „unkontrollierten Sprühen“ wieder die bürgerliche Ordnung herzustellen, wenden einige Städte eine ganz bestimmte Taktik an:

*„In der Stadt Oldenburg sind Schmierereien offenbar kein Problem. Im Ordnungsamt der Stadt laufen kaum noch Beschwerden über illegale Graffiti auf, sagt Sprecher Stephan Onnen. Das Erfolgsrezept: Oldenburg setze im Umgang mit Graffiti ‚seit gut zehn Jahren verstärkt auf Prävention – und das mit Erfolg‘. Ein wesentlicher Bestandteil der Präventionspolitik sind legale Flächen für Sprayer. (...) Nach Ausschussansicht stellen legale Graffiti ‚eine Bereicherung für das Stadtbild dar‘.“*

Auf den ersten Blick könnte man denken, das sei doch eine gute Sache, man könnte so die Wände nutzen, ohne dafür möglicherweise bestraft zu werden. Aber worum es dabei eigentlich geht, ist etwas ganz anderes, nämlich, dass nur noch dort gemalt werden soll, wo es der Bourgeoisie passt. Die Graffitis werden also an Orte verlagert, die durch sie „aufgewertet“ werden. Im übrigen werden natürlich auch von diesen „legalen“ Wänden jegliche politische Äußerungen, die nicht im Interesse der Herrschenden sind, entfernt. Sie versuchen also, jeden noch so kleinen Akt der Rebellion in geregelte Bahnen zu lenken. Aber das Volk braucht, *ist* eben Rebellion.

Wir brauchen keine uns zugewiesenen Wände, an denen wir malen dürfen, um der Bourgeoisie den Geldbeutel zu füllen. Wir müssen die Wände in unseren Vierteln nutzen, um unsere Kämpfe zu führen, wir müssen all unseren Klassenbrüdern und -schwestern zeigen, dass sie nicht alleine sind. Wir müssen an den Wänden unsere Unzufriedenheit mitteilen, unsere Wut ausdrücken, über die tausenden Ungerechtigkeiten, die uns unter der Herrschaft der Bourgeoisie täglich widerfahren. So können sich unsere Worte vereinen und zu einer immer größer werdenden Kraft wachsen und dazu bewegen, gegen die Ursachen unserer Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Und deshalb können sie uns unsere Wände nicht nehmen. Die Wände gehören dem Volk! •





## LEONS IDENTITÄT: INNENMINISTERIUM ERZIEHT JUGENDLICHE ZU SPITZELN



*Das Zimmer vom virtuellen Bad-Boy Leon*

**V**or einem Jahr brachte das Innenministerium mithilfe des Entwicklerstudios „btf Game Department“ das Point-and-Click-Adventure „Leons Identität“ heraus. Das Spiel ist technisch gut gemacht und hat eine moderne Grafik und Physik. Freigegeben ist das Spiel ab 12 Jahren, und steht kostenlos zum Download. Es erinnert auf jeden Fall auf den ersten Blick nicht an andere Projekte des Staates, weil bei dem versucht wird, cool, jung und hip zu wirken. Aber die Dialoge sind am Ende doch nur so tief wie irgendein B-Movie und merkt, dass am Ende doch nur irgendein Bürokrat versucht, sich vorzustellen, wie junge Leute heutzutage reden.

Nun zur Rahmenhandlung: man spielt Jonas, den kleinen Bruder des 18-jährigen Leon, welcher nicht mehr Zuhause auftaucht und auch nicht mehr ans Handy geht. Da sich die Familie und so auch der kleine Bruder Sorgen machen, entscheidet sich dieser, das Zimmer von Leon zu durchsuchen. Der Spieler spielt den kleinen Bruder und bewegt sich in Ego-Perspektive durch Leons Zimmer, wobei man Gegenstände begutachtet. Auf diese Weise kann man mit dem Umfeld interagieren und z.B. auch das Passwort für den PC herausfinden. Man muss also ein Rätsel lösen, in dem man immer mehr Hinweisen

nachgeht, wobei einem Monologe des Spielcharakters helfen sollen. Am Ende kommt heraus, dass Leon sich ein neues Handy besorgt hat, ohne seiner Familie und seinen Freunden davon zu berichten. Seine Social-Media-Einträge und Fotos hat er gelöscht. Zudem stellt sich raus, dass Leon seit Kurzem Teil der „Atavis-tischen Aktion“ ist. Eine fiktive Organisation, die der faschistischen „Identitären Bewegung“ nachempfunden wurde. Für die Raumgestaltung wird dann viel von der Propaganda der „Identitären Bewegung“ in abgewandelter Form im Zimmer platziert. Magazine, die der „Compact“ nachempfunden sind, liegen auf dem Tisch. Daneben dann Bücher mit dem Slogan „Der große Austausch“. In einem Gespräch über das Telefon kann Leon am Ende davon überzeugt werden, wieder „auszusteigen“. Das klappt aber nur, wenn man allen Hinweisen im Spiel richtig nachgeht und diese am Ende richtig kombiniert.

Ziel des Spiels laut Innenministeriums ist die „Extremismusprävention“. Dafür setzt das Innenministerium auf neue Medien wie dieses Spiel. Dabei muss gesagt werden: der politische Inhalt des Spiel ist nicht besonders hoch und streift Fragen der faschistischen Weltanschauung nur oberflächlich. Auch wenn hier Leon Teil einer faschistischen



Organisation ist, lässt sich die Rahmenhandlung auf revolutionäre Organisationen übertragen. Statt eines Plakates der „Atavistischen Aktion“ könnten auch Bilder aus der Kulturrevolution in das Spiel eingebaut werden. Anstelle der Bücher über den großen Austausch könnte das Manifest der Kommunistischen Partei auf dem Tisch liegen. Aber für die Vermittlung der zentralen Botschaften des Projektes ist die Rahmenhandlung nur sekundär. Leon, der volljährig ist, entscheidet sich dafür, an einem Sommerlager teil zunehmen, politische Zeitungen zu lesen, hört politische Musik, betätigt sich sportlich und entscheidet, mit bestimmten Dingen zu brechen. Dafür eignet sich Leon neue Fähigkeiten an, wie das Erstellen von Streamingcontent. Alles hoch verdächtig. Vor allem für Jugendliche wie Leon ist das nichts Ungewöhnliches. Da man in einer Lebensphase mit vielen Umbrüchen steht und sich dies auch Veränderung von Interessen bedeutet.

Das Problem ist, dass Leon sich entscheidet, einen Standpunkt zu vertreten, der vom Staat nicht gewünscht ist. Auch wenn es sich in dem Spiel um Leon dreht, der sich den Faschismus zuwendet, zielt es auf die Bekämpfung von „radikalen Ansichten“ im Allgemeinen ab. Dem Spiel liegt unter anderen die „Hufeisentheorie“ zu Grunde, welche besagt, dass Faschismus und Kommunismus genauso schlimm wären, da beide autoritär sein. In der politischen Praxis wird das dann mit einem ähnlichen auftreten von Faschisten und Revolutionären begründet. Das Tragen von Fahnen und das Veranstellen von Umzügen in disziplinierter Form sind nur zwei Aspekte, aber man könnte noch vieles weiter aufzählen. Doch am Ende beschließen die Faschisten das Proletariat und dem Volk, egal wie sie sich aufführen. Doch man darf nicht vergessen, Faschismus ist nur die eine Seite der bürgerlichen Herrschaft und wird von der herrschenden Klasse benutzt, um die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Die bürgerliche Klasse versteht aber auch, dass der Faschismus die gesellschaftlichen Widersprüche bis auf das Äußerste verschärft und am Ende die bürgerliche Herrschaft destabilisiert. Die Hufeisentheorie wird nur aus einem Grund verbreitet, und das ist den Einfluss der marxistischen Weltanschauung zu bekämpfen und so den aktuellen Status Quo aufrecht zu erhalten.

Alles, was Leon im Spiel macht, ist nicht illegal – er ist volljährig und kann ohne elterliche Erlaubnis wegfahren, trotzdem wird sein Zimmer durchsucht,

seine Passwörter geknackt, sein Browserverlauf ausgespäht und seine Telekommunikation, Post und sein E-Mail-Verkehr durchgelesen. Vom Entwicklerteam wird das Bespitzeln wie das Knacken von Passwörtern wohlwollend als „Medienkompetenz“ bezeichnet, da man eine Zwei-Schritte-Authentifizierung durchführen muss. Was in dem Spiel schnell klar wird, ist, dass im Kampf gegen den „Extremismus“ auch das Verletzen der Privatsphäre legitim ist. Jugendliche sollen lernen, Denunzianten zu werden und das Handwerkszeug an die Hand zu bekommen, um staatliche Spione in der Familie werden.

Auch wenn der Staat mit seiner politischen Polizei (Verfassungsschutz, Landeskriminalamt, Bundeskriminalamt etc.) es schon im großen Stil schafft, elektronische Kommunikation zu überwachen und und auszuwerten, muss er sich trotzdem noch ein Netz von Hilfspolizisten aufbauen. Für die digitale Überwachung setzt der Staat sich auch über geltendes Recht hinweg und späht auch ohne Erlaubnis seine Bevölkerung aus. Für die analoge Ausspähung setzt der Staat auf die Nächsten – das sind Freunde, Familie, und manchmal gibt es den Versuch, die eigenen Genossen anzuwerben. Im Fall von „Leons Identität“ ist es eben der kleine Bruder, der zum Spitzel wird. Wenn man solche Geschwister hat, braucht der Staat keine Trojaner mehr.

Für dieses Spiel hat das Innenministerium 200.000 Euro in die Hand genommen und stellt die Möglichkeit auf, es im schulischen Lehrplan einzubauen. Nicht nur in der Freizeit soll jetzt fleißig gelernt werden, wie man richtig bespitzelt, sondern auch mit Hilfe der Lehrer. Denn der kleine Bruder braucht keinen Durchsuchungsbefehl, das macht es einfacher, ihn einzusetzen als ein Sondereinsatzkommando. Auch wenn der Jonas im Monolog noch Hemmnisse hat, die E-Mails von Leon zu durchsuchen, ist das Videospiel als ein Plädoyer zu verstehen, einander zu spionieren. Der einzige Inhalt des Spiels, also die einzige Handlungsoption, ist das Durchsuchen des Zimmers von Leon. Die Bourgeoisie weiß, dass sich ihre Herrschaft dem Ende nähert. Dieser Staat verliert immer mehr die Verbindung zu seiner Bevölkerung. Aus diesem Grund muss er, damit alles beim Alten bleibt, immer neue Wege finden, wie er seine Herrschaft sichert. In dem Fall durch das weitere Fördern von Denunziantentum. •



## WOHNEN OHNE WASSER DANK VONOVIA

*Freiburg-Weingarten*

**W**ohnen im Kapitalismus? Das ist nicht einfach, das weiß schon jedes Kind. Dann noch vernünftig zu wohnen, das ist besonders schwer. Denn Wohnraum ist kein Menschenrecht. Nein, Wohnraum ist eine Ware, mit welcher Profit gemacht wird. Natürlich zum Nachteil der Mieter, vor allem für die der Arbeiterklasse. Dass sich in dieser Gesellschaft alles um Profit dreht, ist den meisten bewusst, immerhin wird dieser selbst aus den absolut allgemeinsten menschlichen Grundbedürfnissen erwirtschaftet, wie unter anderem teure Sanifair-Toiletten auf den Autobahnen es beweisen. Auch in der Frage von Wohnraum gibt es einige Geschichten, die sehr klar aufzeigen, dass die Bedürfnisse der Menschen hinter dem Profit der Miethäuser und Bonzen stehen.

Wir möchten hier erst mal von den Häusern im Augener Weg im Freiburger Arbeiterviertel Weingarten berichten. In diesen Häusern haben die Bewohner schon seit März kein richtiges Wasser mehr. Grund dafür ist eine Sanierung,

welche aufgrund von Legionellen im Wasser durchgeführt werden musste. Im Zuge dessen wurde immer wieder in den verschiedenen Häusern, teilweise auch ohne Ankündigung, das Wasser abgestellt. Vor den Häusern steht auf der einen Seite massenhaft Schutt, der von den Bauarbeiten aus den Wohnungen stammt, und daneben große Duschcontainer, in welchen die Leute gezwungen sind, zu duschen, da sie in ihren Wohnungen kein Wasser mehr haben. Im Zuge der Sanierungen kam es in einigen Häusern auch noch zu Schimmelfällen. Laut dem Wohnungskonzern Vonovia (dem die Häuser offiziell gehören), weil die Bewohner angeblich nicht richtig gelüftet hätten. Manch einer würde jedoch sagen, dass es daran liegt, dass die Leute, die für die Planung der Sanierung verantwortlich sind, ihren Job nicht richtig machen. So oder so leben die Leute dort unter extrem schlechten Bedingungen. Offensichtlich, denn seit März leben die Bewohner des Augener Wegs auf einer Baustelle. Und auf einer Baustelle zu leben ist natürlich nicht all zu angenehm.



Nun hat Vonovia stolz angekündigt, dass sie aufgrund dieser katastrophalen Situation die Mietpreise nicht erhöhen und den Bewohnern entweder direkt oder durch eine kurzfristige kleine Mietminderung eine Entschädigung liefern wollen. Ob und inwieweit es diese Entschädigung am Ende geben wird, ist für uns gerade nicht offensichtlich. Klar ist jedoch, dass auch, wenn es eine solche Entschädigung gibt, dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Die Leute haben dort seit März in ihren Häusern eine Baustelle und regelmäßig kein fließendes Wasser. Ein paar hundert Euro als Entschädigung ändern daran auch nichts. Und dass Vonovia gönnerhaft angekündigt hat, in dieser Situation die Mietpreise nicht zu erhöhen, ist auch ein schlechter Witz.

Im Jahr 2005 wurden die Häuser im Augener Weg an die Vonovia verkauft. Seitdem wurden die Häuser massiv heruntergewirtschaftet. Sie wurden vernachlässigt und es wurde nur das absolut nötigste zur Instandhaltung getan. Dass dadurch am Ende dann solch eine katastrophale Situation entstehen kann, liegt auf der Hand. Doch genau hier zeigt sich die Klassengesellschaft, denn die Leute, die dafür verantwortlich sind, müssen nicht ohne Wasser in den heruntergekommenen Häusern im Augener Weg wohnen, sondern wohnen in Villen und schicken Neubauwohnungen und machen mit diesem ganzen Mist am Ende auch noch Profit gemacht.

An vielen Orten in Freiburg gibt es ähnliche Situationen. Gerade der Immobilienriese Vonovia ist dafür bekannt, sich nicht um die Bedürfnisse der Menschen in ihren Häusern zu scheren. Das erkennt man klar, wenn man sich verschiedene Häuser, die von Vonovia verwaltet werden, anschaut. In Landwasser gibt es zum Beispiel eine große Reihe von Wohnblocks, die Vonovia gehören. Auch hier gab es an mehreren Orten bereits Fälle von Legionellen. Wenn man durch jene Blocks geht, erkennt man ziemlich klar, dass sich von Seiten Vonovias nicht um die Instandhaltung und die Sauberkeit der Häuser gekümmert wird. Nein, die Häuser sind heruntergekommen und dreckig ohne

Ende, und die einzige „Maßnahme“, die konsequent durchgeführt wird, ist dass politische Plakate, die in den Blocks auftauchen und zum Kampf gegen diese Verhältnisse aufrufen, schnell entfernt werden. Mit einer flächendeckenden Installation von Kameras in den Blocks versucht der Konzern nun widerständige Handlungen zu verhindern, indem er die Bewohner massenhaft überwacht.

Aktuell ist ein Thema sehr breit diskutiert, nämlich die Frage der Enteignungen. In Berlin gab es kürzlich eine Abstimmung über Enteignungen großer Wohnungskonzerne wie Vonovia. Die Mehrheit der Teilnehmenden 56,3 Prozent stimmte für die Enteignung der Mietriesen. Allerdings besteht bei diesem Volksentscheid erstens keine rechtliche Bindung, diesen umzusetzen, zweitens müsste der Staat selbst, wenn er dies umsetzen würde, die enteigneten Wohnungskonzerne mit Milliardengeldern entschädigen.

Das Problem bei all dem ist eben nicht allein Vonovia oder andere Immobilienunternehmen, denn der Staat ist auch nicht der bessere Vermieter. Ganz grundsätzlich besteht das Problem darin, dass mit dem für uns notwendigen Wohnraum Profite erwirtschaftet werden können. Dagegen gab es immer wieder von allen Seiten Widerstand. Dieser Widerstand darf nicht darin bestehen, beim Staat zu betteln, dass er ja bitte etwas gegen diese Verhältnisse tun soll. Das wird er nämlich nicht.

In Freiburg kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Angriffen auf die Vonovia, wobei Fahrzeuge des Wohnkonzerns beschädigt und angezündet wurden. Ein Ausdruck davon, wie viele Menschen aus unterschiedlichen Klassen und Schichten dieses Problem trifft. Sodass sich der Widerstand auf unterschiedliche Arten und Weisen ausdrückt. •



## MITLEID STATT MITKÄMPFEN, PARODIE STATT KRITIK?



Jan Böhmermann: Der mit dem Grundgesetz tanzt (und Mollies „serviert“)

**W**ie sich die Krise ausbreitet, mehrt sich die Zahl an Leuten, die zu dieser Situation kulturelle Beiträge machen und das Leben des Volkes unter diesen Zuständen beklagen. Die Bourgeoisie enthüllt immer offener ihr reaktionäres Gesicht; immer öfter kommt ans Tageslicht, wie widerlich viele von uns in diesem Land ausgebeutet werden, kaum ein bekannter bürgerlicher Politiker steht überhaupt noch mit einer „weißen Weste“ da. Ein Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz fühlt sich jetzt genötigt, etwas zu tun, um seine Ablehnung gegenüber dem Imperialismus zum Ausdruck zu bringen. Heißt, in der Krise radikalisiert sich auch ein Teil des Kleinbürgertums. Die bekanntesten Künstler aus dem Kleinbürgertum, die jetzt etwas „gegen das System“ rausbringen, sind aber in weiten Teilen gar nicht fortschrittlich, sondern darauf bedacht, die bessere Stellung, die sie in diesem System haben, zu bewahren. Nach „Alles von der Kunstfreiheit gedeckt“ von dem Reaktionär „Danger Dan“ schauen wir in dieser Ausgabe auf zwei Lieder von zwei der bekanntesten Kleinbürger in Deutschland.

### DIE GROSSE SPENDENKAMPAGNE

„Alligatoahs“ neue Single heißt „Nebenjob“. Der Rapper nimmt sonst gerne alles sarkastisch und macht sich über Vieles lustig, insofern ist er auch in seinem neuen Lied über ein ernstes Thema, die Ausbeutung von Paketboten, nicht ernstzunehmen. Weil er die Lage von Arbeitern auch nicht ernst nimmt. Er

versteht, dass es große Ausbeutung gibt, dass man Leute aus unserer Klasse mehr als die Hälfte des Tages arbeiten lässt – Tag für Tag, unter ständigem Stress, oft zu einem Hungerlohn. Aber er versteht nicht, wie das ist, so ausgebeutet zu werden. Also singt er nicht wütend und kämpferisch über den den Alltag eines Paketboten, sondern macht eher eine etwas subtile und schwache Kritik:

*„Ich hab ein' Job neben dem Nebenjob (Oh ja)  
Ich hab kein Leben doch ich lebe noch (Oh ja)  
Ich bring Pakete in dein Märchenschloss (Oh ja)  
Aber erwarte keinen Prinz auf einem weißen Pferd“*

Im Musikvideo dazu steht er alleine mit seiner Gitarre und einer Effektstation inmitten von einem mit Paketen beladenen Hochregallager. Dabei tänzelt er ein bisschen rum und klingt eben wie ein Singer-Songwriter beim Vorspiel bei einer Plattenfirma, und nicht wie jemand, der ernsthaft die Arbeitsbedingungen für Paketboten anprangert. Im Vorfeld zum Erscheinen dieses Liedes hat Alligatoah eine Kampagne unter dem Namen #gibtrinkgeld gestartet. Die Single soll man sich als „supercooles“ Set in Form einer CD zusammen mit einem T-Shirt bestellen können – und für zwei Euro günstiger, wenn man ihm verspricht, diese zwei Euro an den Paketboten, der sie bringt, zu spenden. Denn die Paketboten tun ihm ja leid, und mit Spenden erkaufte man sich ein gutes Gewissen. In seinem Lied schildert er die Ungerechtigkeit, die Paketboten jeden Tag erfahren. Aber anstatt



etwas gegen die Ursache zu tun, setzt er lieber am anderen Ende an, nämlich da, wo die Ausbeutung bereits passiert ist, und gibt zwei Euro, die er gut entbehren kann, ab. Das heißt, auch wenn er das System ungerecht findet, möchte er, dass es bestehen bleibt. Er möchte, dass der Bote sich mit den zwei Euro vergnügt, anstatt aufzumucken, und alles weitergehen kann wie bisher. Schließlich hat er geschätzt dreieinhalb Millionen auf dem Konto und eine eigene Hütte im Wald für seine Studioaufnahmen. Das will er ungern verlieren.

## DIE BOURGEOISIE VERÄPPELN?

Natürlich ist der wachsende Unmut des Volkes auch nicht am ZDF-Entertainer Jan Böhmermann vorbeigegangen. Ein recht neues Lied aus seiner Show „ZDF Magazin Royale“ ist die Nummer „Gegen den Staat“, ein Cover von Rocko Schamoni's gleichnamigem Song von 1999. Er dreht darin das Problem einfach um: Nicht die Ausgebeuteten und Unterdrückten sind gegen Staat, sondern diejenigen, denen dieser Staat dient. Er singt über das „Leid“ von Tesla-Fahrern, tanzt mit einem Grundgesetz-Maskottchen, gibt Tipps für Firmenchefs für zufriedenere Arbeiter und befreit dazu bei der Fernsehaufführung die Spitzenkandidaten der drei großen Parteien für die Bundestagswahl, die mit einem schwarz-rot-goldenen Band aneinander „gefesselt“ sind. Also insgesamt eine Parodie auf jene Bonzen, die gerade die Frechheit besitzen, sich über die Zustände in der BRD aufzuregen, obwohl sie selbst dafür verantwortlich sind. Das drückt sich zum Beispiel wie folgt aus:

*Alligatoah bei seiner Performance in der Lagerhalle*



*„Du fühlst dich eingeeengt  
von dem System, was für dich denkt  
du sprengst die Fesseln auf  
und du nimmst dir frei  
für deine Hobbys und die Familie  
Ohooooo  
Wehre dich gegen den Staat.  
Hör auf meinen Rat und sei gegen den Staat!“*

Böhmermann macht gerne solche Parodien auf den Alltag der Bourgeoisie, er ist ja auch Satiriker. In seiner Sendung stellt er Verbrechen der Bourgeoisie – ob Korruption, Abzocke oder Faschisten in den Reihen der Polizei – oft recht eindeutig dar, aber nur, um sich ein bisschen zynisch darüber lustig zu machen und für „gemäßigte Kritik“. In dem Lied „Gegen den Staat“ und auch Böhmermanns Performance davon wird mehr oder weniger klar gemacht, dass es in der Gesellschaft Klassegegensätze gibt. Gleichzeitig ist es aber auch wieder nur ein fröhliches, buntes Spektakel mit Trompeten, Konfetti und Grundgesetz-Maskottchen. Anstatt die Bourgeoisie, die in der Performance als eine parasitäre Klasse dargestellt wird, ernsthaft zu kritisieren, oder gar zu sagen, dass es richtig ist, sie zu bekämpfen, bleibt Böhmermann bei ein bisschen Show und „veräppelt“ sie.

Wie auch das Lied von „Danger Dan“ über die Kunstfreiheit stellen sowohl „Alligatoah“ als auch Böhmermanns Beiträge die Radikalisierung von Teilen des Kleinbürgertums in der Krise dar. Bei Böhmermann ist es besonders die Performance zu dem bereits geschriebenen Song, in der er gleich am Anfang einer über die schlimme „Lage der Welt“ verzweiferten Frau einen Molotow-Cocktail in die Hand drückt. Bei „Alligatoah“ ist es sein bürgerlicher Humanismus, sein „Gutmenschentum“, sein sozial-

demokratischer Gedanke der Umverteilung. Aber all das scheinbar Radikale hilft der Arbeiterklasse kein Stück, und erst recht die reformistischen Positionen wie die „Umverteilung“ sind Verrat an der Sache der Arbeiterklasse. Am Ende geht es also auch diesen Künstlern nicht darum, gegen dieses System zu kämpfen, sondern den Kampf unten, und das System aufrecht zu halten. •



# WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## TERMINE IM NOVEMBER

### BREMEN

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

## LOKALE KONTAKTE

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Freiburger revolutionäre Studiengruppe |  
[fr-rev-studiengruppe@tutanota.com](mailto:fr-rev-studiengruppe@tutanota.com)

### BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |  
[inter\\_kollektiv@gmx.de](mailto:inter_kollektiv@gmx.de)

### BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk.bremen@gmx.de](mailto:rfk.bremen@gmx.de)  
Rotes Kollektiv Bremen | [rotes-kollektiv-bremen@riseup.net](mailto:rotes-kollektiv-bremen@riseup.net)

### HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | [rotes\\_kollektiv@gmx.de](mailto:rotes_kollektiv@gmx.de)

### NRW

Rebellion Ruhr | [rebellionruhr@web.de](mailto:rebellionruhr@web.de)

### DAS TITELBILD

Volksversammlung der Menschen aus den Gebieten Tiago dos Santos und Ademar Ferreira in Rondônia, Brasilien, am 2. Oktober

# ROTE POST

